

Stadt: VW steigt wegen Förderproblemen aus

Neue Flughafen-Struktur von Ausschüssen beschlossen – Verwaltung musste Grünen Recht geben

Von Ralph-Herbert Meyer

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP haben zunächst Finanz- und später auch Verwaltungsausschuss des Rates der Stadt der geplanten Gesellschafterveränderung in der Flughafen GmbH mit großer Mehrheit zugestimmt. Die Volkswagen AG hatte wie berichtet ihren Ausstieg angekündigt.

Die bisherigen VW-Anteile von 36 Prozent soll die Gesellschaft künftig selbst halten. Anteilseigner

der Grünen gehen fehl. Es bleibt bei der Erklärung des Oberbürgermeisters vom gestrigen Tage.“

Zunächst hatte es als Begründung für den VW-Ausstieg geheißt, dass das Unternehmen sein Ziel bei der Förderung der wichtigen Infrastrukturmaßnahme erreicht habe und sich deswegen zurückziehe.

Gestern nun musste Erster Stadtrat Carsten Lehmann eine Erklärung verlesen, in der er genau die von den Grünen vermuteten Probleme bei der Förderung zugeben musste. Lehmann wörtlich:

„Im Zuge der Erörterungen und Verhandlungen über die Ausgestaltung des Förderbescheides zur Förderung des Ausbaus des Forschungsflug-

hafens hat das Bundeswirtschaftsministerium die für die Landesregierung und die Stadtverwaltung überraschende Rechtsauffassung vertreten, Volkswagen dürfe aus förder-technischen Gründen zum Zeitpunkt der Förderung nicht weiter an der Gesellschaft beteiligt sein. Ein geförderter Betrieb – und sei es nur mittelbar als Gesellschafter eines Unternehmens – dürfe nicht zugleich einer der Nutzer der geförder-ten Infrastrukturinvestition sein.“

Die Verwaltung habe vor der Sitzung nicht informiert, so Lehmann,

da sie prinzipiell nicht über zwischenzeitlich auftauchende Probleme mit Förderbehörden informiere.

Nach Informationen unserer Zeitung war der Förderbescheid schon vor den Sommerferien eingegangen. Eine grundsätzliche Finanzierungszusage des Landes hatte es bereits

lange zuvor gegeben. Die Fördermittel kommen aus dem nationalen Topf zu „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Die Einigung mit allen Beteiligten muss zwangsläufig davor gefallen sein. VW verkündete seinen geplanten Ausstieg am 12. August.

KOMMENTAR

Peinliches Eingeständnis

Von Ralph-Herbert Meyer

Die Geheimniskrämerei um die Gründe für den VW-Ausstieg bei der Flughafengesellschaft ist unnötig und vor allem auch unverständlich gewesen. Denn es gibt kein schlüssiges Argument dafür, warum Stadt und Volkswagen nicht von Anfang an die Probleme durch die Konzernbeteiligung bei der Bezuschussung mit öffentlichen Geldern klar benannt haben.

Offenbar war die Situation mit VW an Bord der Flughafen GmbH falsch eingeschätzt worden. Schließlich hatte das Land seine letzten Anteile am Flughafen erst vor rund einem Jahr an VW abgegeben. Da waren die Förderanträge längst gestellt.

Aber es ist doch überhaupt kein Problem, einen Fehler, wer auch immer ihn zu verantworten hat, zu korrigieren.

Durch das anfängliche Vertuschen der wahren Begründung haben Stadt, VW und Flughafen GmbH den Ausbauegnern in die Karten gespielt. Jetzt fragen sich mehr als nur die Aktivisten, ob da nicht schon öfter in der Informationspolitik Lücken waren.

Das vor dem Finanzausschuss öffentlich vorgetragene Eingeständnis, dass die Grünen doch Recht hatten mit ihren Vermutungen zu den Ursachen des VW-Ausstiegs, ist in erster Linie peinlich für den Oberbürgermeister und seine Verwaltung.

Sie sind ertappt worden wie ein paar böse Buben.



„Wirtschaftsministerium des Bundes vertrat eine überraschende Rechtsauffassung.“

Carsten Lehmann, Erster Stadtrat

bleiben Braunschweig (rund 43 Prozent), Wolfsburg (rund 18 Prozent) sowie die Landkreise Helmstedt und Gifhorn (je 2 Prozent). Die Veränderung wird auf der Gesellschafterversammlung am 2. September beschlossen.

Um die Gründe für den VW-Ausstieg war spekuliert worden. Die Grünen hatten einen Zusammenhang mit der Förderung vermutet. Oberbürgermeister Gert Hoffmann hatte daraufhin über seine Pressestelle verlauten lassen: „Sämtliche Feststellungen und Mutmaßungen

BZ - 25.08.10